



Joachim Sautter / Udo Wenzl

Jugendforen und weitere offene Partizipationsformen

■ Ein Kurzüberblick

Baustein B 6.2

Veröffentlichung im Rahmen der Beteiligungsbausteine des Deutschen Kinderhilfswerkes e.V. (www.kinderpolitik.de)

Entwicklung und wissenschaftliche Leitung:
Professor Dr. Waldemar Stange, Leuphana-Universität Lüneburg

Inhaltsverzeichnis

1. Überblick	3
2. Das Jugendforum und der Jugendausschuss – offene Beteiligung an der „Nahtstelle“ zur Kommunalpolitik	3

1. Überblick

Unter dem Begriff *Offene Partizipationsformen* lassen sich beispielsweise Jugendforen, Runde Tische, Anhörungen in Gremien u. a. zusammenfassen. Es können sowohl einmalige Veranstaltungen zu bestimmten Anlässen / Themen – wie etwa im Rahmen einer Jugendhilfeplanung – als auch regelmäßige Zusammenkünfte sein.

Im Kern geht es stets darum, die aktuelle Lebenslage, Bedürfnisse und Probleme von Kindern und Jugendlichen öffentlich zu verbalisieren, um daraus resultierend unter Beteiligung der Betroffenen entsprechende Handlungsstrategien zu entwickeln, die zur positiven Gestaltung der Lebenswelt beitragen. Letzteres betrifft beispielsweise die Möglichkeiten einer sinnvollen Freizeitgestaltung oder die bedürfnisgerechte Gestaltung des Wohnumfeldes. Die Erfahrungen verschiedener Städte und Gemeinden beweisen, dass die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bei sie betreffenden Entscheidungen sinnvoll und notwendig ist und auch zahlreiche positive Auswirkungen mit sich bringt.

Jugendforen sind eine generationsübergreifende Diskussionsplattform, d. h. mit fachkundiger Moderation kommen junge Menschen mit den politisch Verantwortlichen und interessierten Erwachsenen einer Gemeinde / einer Stadt ins Gespräch. Wichtig hierbei ist, dass ein Jugendforum / Jugendhearing als offenes Angebot für *alle* Mädchen und Jungen gestaltet wird.

Jugendforen oder -hearings sollten an der unmittelbaren Nahtstelle zur kommunalen Politik praktiziert werden. Dies könnten z. B. regelmäßige Jugendausschusssitzungen sein, zu denen alle jugendlichen Bürger eingeladen sind. In solchen Gremien / Veranstaltungen darf natürlich nicht das „Abarbeiten einer Tagesordnung“ praktiziert werden. In den Vordergrund sind erlebbare Erfahrungen und der Dialog mit der jungen Generation zu stellen. Gerade diese Erfahrungen sind für auch für Politikerinnen und Politiker wichtig, um die Anliegen der Jugendlichen bis zur Beschlussfassung im Gemeinderat den anderen Ratskollegen vermitteln zu können. Das Gemeinde- bzw. Stadtparlament sollte sich mindestens einmal im Jahr mit der *Lebenssituation von Mädchen und Jungen* beschäftigen.

2. Das Jugendforum und der Jugendausschuss – offene Beteiligung an der „Nahtstelle“ zur Kommunalpolitik

Den folgenden Ausführungen ist eine beispielhafte Gemeinde mit 3.500 Einwohnern zugrundegelegt. Hier ist das Herzstück der Beteiligung das jährlich stattfindende Jugendforum. Das Jugendforum ist die Diskussionsplattform zwischen Politik und Jugend der Gemeinde. Hier werden alle aktuellen Themen aus Sicht der Jugendlichen diskutiert. Auch nutzen der Bürgermeister und die Gemeinderäte diese Plattform, um die jungen Leute über manche Themen aus der Gemeindepolitik zu informieren.

Das Jugendforum hat hier schon eine lange Tradition und wird von den Jugendlichen als Diskussionsforum kräftig genutzt. Es ist hilfreich, ein solches Ereignis ideenreich vorzubereiten. Bei der Vorbereitung eines Jugendforums sollten möglichst vielfältige Informationen für Erwachsene zusammengetragen und viele Jugendliche für das Forum motiviert werden. Ein Videoprojekt oder eine Umfrage könnten beides ermöglichen.

Gerade die Videointerviews bringen authentische Aussagen von Jugendlichen in das Forum hinein.

Die angesprochenen Themen werden dann im örtlichen Jugendausschuss bis zur Beschlussfassung im Gemeinderat vorberaten. Dieser Jugendausschuss hat sich zu einem richtigen „Arbeitsausschuss“ entwickelt, d. h., es gibt nur ein Minimum an Vorgaben seitens der Verwaltung, die Anliegen mit Lösungsvorschlägen werden dort, gemeinsam mit den Jugendlichen und Gemeinderäten, erarbeitet. Diese Art von Ausschussarbeit war dem Bürgermeister und den Gemeinderäten erst einmal fremd. Aber recht schnell wurde erkannt, dass kommunale Jugendpolitik andere Netzwerke hat als die Bauvoranfrage im technischen Ausschuss.

Die einzelnen Anliegen werden, so weit dies möglich ist, in projektbezogener Arbeit umgesetzt. Die Projektbeteiligten finden sich im Jugendforum, die Begleitung des Projektes wird durch einen sachkundigen Erwachsenen übernommen. Wichtig ist, dass bei der Entwicklung des Projektes der Jugendausschuss immer beteiligt ist. Dies hat zur Folge, dass eine hohe Transparenz vorhanden ist und die Jugendlichen immer mit erwachsener Unterstützung und Begleitung rechnen können.

Am Anfang war ein Jugendforum geplant, bei dem es um die Gestaltung eines Jugendtreffs ging. Als dann der örtliche Jugendtreff in Betrieb war, kam der Wunsch von Jugendlichen und Erwachsenen auf, diese Foren fortzuführen. Neue Projekte haben sich daraus entwickelt (z. B. die Initiative für eine Spiel-, Sport- und Freizeitfläche und eine neue projektorientierte Förderung der Jugendarbeit der Vereine). Der Gemeinderat hat sich in einer Schwerpunktsitzung mit kommunaler Jugendpolitik beschäftigt, der Jugendausschuss hat sich gebildet.

Dies alles ist nicht von heut' auf morgen entstanden, sondern ein immer wieder geführter Dialog und die Bereitschaft von Politik und Verwaltung haben eine prozesshafte Entwicklung der Beteiligungsform positiv unterstützt.

Jugendliche haben hier erfahren, dass ihre Anliegen ernst genommen werden und in konkrete Aktionen münden. Den Verantwortlichen von Politik und Gemeinde scheint die jugendbezogene Kommunalpolitik „so richtig Spaß“ zu machen. Kein Wunder, wenn zu den öffentlichen Sitzungen meist zwanzig interessierte Bürgerinnen und Bürger kommen, ist dies auch ein Signal von Anerkennung. Und die brauchen auch Kommunalpolitiker.

Grundsätzlich ist festzustellen, dass ein Partizipationsmodell nur dann wirksam ist, wenn es Teil der kommunalpolitischen Entscheidungsstrukturen ist. Die Gemeindeordnung in Baden-Württemberg bietet schon jetzt einige Spielräume, die von Gemeinden und Städten aber kaum ausgeschöpft werden. So kann ein Jugendforum sehr wohl als „zielgruppenorientierte Bürgerversammlung“ gesehen werden, deren Themen binnen drei Monaten dann in politischen Gremien behandelt werden müssen. Die Arbeit in einem *Jugendausschuss* im Sinne eines beratenden Ausschusses (mit sachkundigen Einwohnern, in unserem Falle die interessierten Mädchen und Jungen) wäre hierzu eine ergänzende Form. Zu achten ist bei all diesen Gremien darauf, dass eine gewisse flexible Gestaltung und Veränderung immer wieder möglich ist.